

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1476/2012 zur Sitzung Stadtrat am 31.10.2012

Modellprojekt zum stärkeren Ausbau der ambulanten Hilfen in der Eingliederungshilfe und in der Hilfe zur Pflege (SPD)

Am 1. Juli 2012 startete das rheinland-pfälzische Sozialministerium gemeinsam mit interessierten Kommunen ein Modellprojekt zum stärkeren Ausbau der ambulanten Hilfen in der Eingliederungshilfe und in der Hilfe zur Pflege.

Durch eine veränderte Kostenbeteiligung des Landes an der Finanzierung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege und eine verbesserte Steuerung vor Ort, sollen Anreize geschaffen werden dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ mehr Geltung zu verschaffen und das Angebot an ambulanten Wohnformen auszubauen. Fach- und Finanzverantwortung sollen dazu in eine Hand gelegt werden.

Durch gute Steuerung sollen die Hilfen noch stärker am Bedürfnis der betroffenen Menschen orientiert werden. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Kostensteigerungen in diesen Bereichen soll dadurch die Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter und pflegebedürftiger Menschen gestärkt und gleichzeitig ein Beitrag zur Kostenstabilität geleistet werden.

Da mögliche Ersparnisse und Minderausgaben aus dem Modellprojekt wieder dem Land und den kommunalen Haushalten zugutekommen, entsteht für die Kommunen ein zusätzlicher Anreiz personensorientierte ambulante Angebote auszubauen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Nimmt die Stadt Mainz am Modellprojekt der Landesregierung teil?
2. Wie wird sich das Land zukünftig im Rahmen der Modellprojekte an den Kosten der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich beteiligen?
3. Mit welchen Maßnahmen soll die Fallsteuerung auf der kommunalen Ebene vorgenommen werden?
4. Welche Erwartungen verbindet die Stadtverwaltung mit der Umsetzung des Projektes mit Blick auf die Fach- und Finanzziele?
5. Wie ist der Zeitplan?

gez. Dr. Eckart Lensch,
SPD-Fraktionsvorsitzender